



# Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen

Jahrgang 7 / Folge 15

Hamburg, 14. April 1956 Verlagspostamt Leer (Ostfriesland)

## Kein Friede ohne Einheit!

EK. Am 18. April werden Chruschtschew und Bulganin mit einem großen Stab sowjetischer Diplomaten und Wirtschafts- und Finanzfachleuten zu einem etwa zehntägigen Besuch in England eintreffen. Es handelt sich hier nicht etwa nur um einen der üblichen Staatsbesuche, sondern es werden geheime politische Gespräche geführt werden. Wenn der Kreuzer der Roten Marine die wichtigsten Männer des Kreml nach Rußland zurückgebracht hat, wird man in Moskau die letzten Zurüstungen für den Besuch des Ministerpräsidenten und des Außenministers von Frankreich getroffen haben, deren Ankunft in der Sowjethauptstadt auf Mitte Mai festgelegt ist. Mollet und Pineau haben die Einladung seinerzeit freudig angenommen, und jedermann weiß, daß auch die französischen Vertreter die Moskareise nicht antreten, um die Paläste der alten Zarenburg, die Theater und Museen zu besichtigen. Vor dem Hintergrund dieser beiden von den Sowjetregisseuren aufs Sorgfältigste vorbereiteten Begegnungen wollen die politischen Ereignisse dieser Wochen und Monate gesehen werden. Gerade wir Deutschen haben Anlaß, die Entwicklung, die sich hier anbahnt, höchst wachsam zu verfolgen.

### Musik für Moskaus Ohren

Zweimal innerhalb Monatsfrist haben die beiden leitenden Außenpolitiker Frankreichs, die im Mai nach der Sowjetunion reisen werden, sich in aufsehenerregenden Erklärungen zu den größten und wichtigsten Problemen der Weltpolitik geäußert. Nachdem schon vorher Pineau, der Außenminister, eine „Politik ganz neuen Stiles“ des Westens gegenüber Moskau gefordert und dabei erhebliche Kritik an den eigenen Bundesgenossen — vor allem an Amerika — geübt hatte, schlug in seinem Interview mit der Washingtoner „US News and World Report“ Ministerpräsident Mollet ganz ähnliche Töne an. Beide erklärten zwar, daß Frankreich nach wie vor zu seinen Bündnisverpflichtungen stehe und gaben wortreiche Versicherungen des guten Willens ab, sie äußerten dann aber recht deutlich ihr Mißvergnügen über die bisherige Taktik des Westens gegenüber Moskau und glaubten sich berufen, neue Wege weisen zu müssen. Was schon Pineau angedeutet hatte, faßte Mollet noch deutlicher in dem Vorschlag zusammen, man solle doch, wenn es um die drei großen Anliegen Wiedervereinigung, Abrüstung und europäische Sicherheit gehe, die Frage der deutschen Einheit erst einmal aufs Nebengleis abstellen und sich zuerst und vor allem darum bemühen, mit den Sowjets ein Abrüstungsabkommen abzuschließen. Sei das erreicht, schaffe man weiter das ja auch von Moskau so dringend geforderte „europäische Sicherheitssystem“, dann könne man ja auch einmal die deutschen Dinge besprechen. Er, Mollet, sei davon überzeugt, daß eine Einigung über die Abrüstung unter den Großen — zu denen er natürlich auch Frankreich rechnet — dazu helfen könne, Deutschland leichter in Europa einzugliedern und eine Lösung des deutschen Problems zu finden, „ganz gleich ob Deutschland dann wiedervereinigt ist oder nicht.“

Gerade die letzte Redewendung zeigt eindeutig, wohin dieser Vorschlag zielt: der leitende Staatsmann eines Landes, das seit jeher einen echten deutschen Wiedervereinigung nur mit großem Mißbehagen, teilweise sogar mit direkter Ablehnung gegenübersteht, wünscht zuerst eine Einigung der Großmächte über Abrüstung und Sicherheit unter Ausklammerung Deutschlands und somit auf dessen Kosten. Mollet hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er auch eine Versteinerung der deutschen Teilung für erträglich hält, wenn er und die Angelsachsen mit den Russen sonst zum Abschluß kommen.

Man braucht sich nicht zu wundern, daß dieses Interview den stärksten Beifall gerade im Kreml und in der gesamten Kommunistenpresse gefunden hat. Was kann Chruschtschew und Bulganin am Vorabend ihrer Londoner Reise besseres geschehen, als daß der französische Regierungschef — genau dem Moskauer Wünschzettel entsprechend — die untrennbare Verbundenheit des deutschen Problems mit denen der Abrüstung und Sicherheit preisgibt und die sowjetische Reihenfolge annimmt? Parteichef Chruschtschew war denn auch der Erste, der Mollet für seine Pläne freimütig die Zensur „Gut“ erteilte. In bester Laune versicherte er auf einem Moskauer Bankett, so etwas höre er gern. Man könne sich einen Frieden ohne Wiedervereinigung durchaus vorstellen, und der Weg zur Lösung des deutschen Problems nach Moskauer Geschmack sei ja bekannt: Bonn solle das mit Pankow aushandeln...

### Späte Antwort aus Bonn

Wir alle hatten wohl erwartet, daß die in ihrer wahren Grundtendenz so völlig eindeutige Erklärung Mollets, die am 1. April in der amerikanischen Presse erschien, auf der Stelle von der Bundesregierung die gebührende Ant-

wort erhalten würde. Wenn schon ausländische Blätter sofort erklärt hatten, Mollet wolle offensichtlich das Pferd beim Schwanz aufzäumen, indem er die eigentliche Ursache der Friedlosigkeit in Europa, nämlich die deutsche Teilung und Zerreißen beiseiteschieben wolle, so mußte doch wohl das Bonner Echo noch um vieles kräftiger und eindeutiger sein. Leider erschien die Erklärung des deutschen Auswärtigen Amtes erst in den Morgenblättern des 6. April. Erst sie stellte klar, daß keine deutsche Regierung bereit ist, jemals Vorschläge zu diskutieren, die die Entspannung zwischen den Völkern auf der Grundlage einer auch nur vorübergehenden Anerkennung oder stillschweigenden Hinnahme der Teilung Deutschlands bewirken wollten, erst sie hob hervor, daß nur Wiedervereinigung und Sicherheitssystem die Grundlagen für wirklich fruchtbare Abrüstungsgespräche schaffen können. Bis dahin waren von Leuten der zweiten oder gar dritten Garnitur völlig unzureichende und unklare Kommentare erfolgt.

Warum aber mußten mehrere Tage bis zur wirklichen Antwort aus Bonn verstreichen? Mit Staunen und Befremden vernahm die Öffentlichkeit, daß am Tage, als die Äußerungen Mollets in Bonn bekannt wurden, nicht etwa nur der Kanzler und der Außenminister, sondern auch die für eine amtliche Stellungnahme in ihrer Abwesenheit allein zuständigen Männer, nämlich die Staatssekretäre Hallstein und Globke samt dem Direktor der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, fern der vorläufigen Bundeshauptstadt weilten. Nun erkennt gewiß jeder an, daß gerade auch die verantwortlichen Staatsmänner und höchsten Beamten Erholung und Entspannung brauchen, und doch haben sich wohl alle gefragt, ob gleichzeitig sämtliche zuständigen Männer in Urlaub und Erholung fahren können, wenn man doch damit rechnen muß, daß sich in der Außenpolitik täglich Überraschungen ereignen werden. Schließlich will Bonn heute ja nun einmal das politische Zentrum Deutschlands sein und nicht etwa eine idyllische Fürstenresidenz im Rokoko wie zur Zeit der Kölner geistlichen Kurfürsten. Einen guten Eindruck hat jedenfalls diese offensichtliche Panne weder im In- noch im Ausland gemacht.

### Hintergründe

Das Interview des französischen Regierungschefs wurde gegeben, als bereits der sogenannte Moskauer Abrüstungsplan vorlag. Dieser fordert praktisch eine völlige Neutralisierung Deutschlands bei Aufrechterhaltung des Pankower Regimes. Man hat den „Edenplan“ über die Rüstungsbegrenzung und die dauernde Militärkontrolle in Deutschland, den sogar neutrale Blätter einst das „Kuckucksei der Genfer Konferenzen“ nannten, geschickt aufgegriffen und so zurechtfrisirt, daß eine Annahme des Moskauer Planes unweigerlich das geteilte Deutschland nicht nur beibehalten, sondern auch noch die Bundesrepublik in ein schutzloses Vorfeld der Ostblockarmeen verwandeln würde. Der sonst so gesprächige französische Ministerpräsident hat bezeichnenderweise mit keinem Wort diesen Plan als nicht zumutbar zurückgewiesen. Man darf sogar annehmen, daß es französische und vielleicht auch englische Kreise gibt, die eine solche „Lösung“ annehmbar fänden, wenn nur sie bei ihren eigenen Anliegen mit den Sowjets zu einer Einigung kommen. Alles deutet darauf hin, daß Bulganin und Chruschtschew mit einem ganzen Arsenal lockender finanzieller und wirtschaftlicher Angebote nach London fahren werden, um auch den Briten ein Umschwenken verlockend zu machen. Die gesamte Presse Moskaus trieft zur Zeit von Wohlwollen gegenüber Paris und London, wobei man hier mit wirtschaftlichen Ködern, dort mit dem Angebot des



## Einsamer Feldweg im April

Eine Aufnahme, die bei Jakunowken im Kreis Angerburg gemacht worden ist. Das Bild ist aber so charakteristisch für unsere ostpreußische Heimat, in ihm liegt so sehr Weite und Größe, daß viele von uns, ob wir aus dem Ermland kommen oder von der Memel oder aus dem Samland, glauben werden, diesen Weg schon oft, sehr oft gegangen zu sein.

„Weite Fluren, großflächige Städte — In Ostpreußen kannte man keine Enge“, — das ist ein Thema, das in dieser Folge (auf Seite 9) behandelt und mit einer Fülle interessanter Zahlen dargestellt wird.

„historischen“ russisch-französischen Bündnisses lockt. Eine für die westliche Diplomatie bestimmte Zeitschrift des Kreml versichert den Franzosen unermüdlich, nichts könne ihnen die Allianz mit Moskau ersetzen; sie allein schütze Frankreich vor dem „deutschen Militarismus“.

Solche Töne finden in Paris bei vielen Leuten und auch bei zahlreichen Politikern offene Ohren. Auch Mollets Erklärungen zeugen davon. Die Moskauer Regisseure kennen genau die Stellen, wo sie auch in England ansetzen müssen. Wer zweifelt daran, daß sie ihr Spiel nicht mit höchster Raffinesse vorantreiben werden?

Fortsetzung auf Seite 2

## Erst in vier Jahren Schutz?

### Gefährdete Verteidigung des Westens

r. Daß die Verteidigungskraft Westeuropas heute im Vergleich mit dem riesigen Militäraufgebot des Ostblocks noch völlig unzulänglich ist, empfindet man in weitesten Kreisen. Es muß darum gerade die Deutschen schwer beunruhigen, wenn auch der Oberbefehlshaber der atlantischen Truppen in Europa selbst, der amerikanische General Gruenther, dieser Tage vor Pressevertretern erklärte, er glaube, daß man erst in dreißig vier Jahren so weit sein werde, das gesamte westeuropäische Gebiet vor dem Überranntwerden zu schützen. Er könne zwar versichern, daß die vorhandenen NATO-Streitkräfte in einem Ernstfall hart und tapfer um jedes von einem Angriff bedrohte Gebiet Westeuropas kämpfen würden, man sei aber sicher noch nicht stark genug, um garantieren zu können, daß bis zur Aufstellung der zwölf deutschen Divisionen Westeuropa einem Angriff großen Stils erfolgreich widerstehen könne.

Es wurde aus Gruenthers Äußerungen mehr als deutlich, welche Schwächung es für die Verteidigungskraft des westlichen Bündnisses bedeutet, daß Frankreich heute schon, also noch vor der Aufstellung einer deutschen Bundeswehr, alle irgendwie tauglichen Divisionen nach Nordafrika geworfen hat und in Westdeutschland lediglich zweitrangige Einheiten stationierte, zum Teil sogar Truppen, die als unzuverlässig gelten.

Die Feststellung Gruenthers, daß die Amerikaner hofften, auf die Dauer in jedem Fall einen sowjetischen Angriff meistern zu können, ist für die Deutschen und auch für die Holländer und andere Nationen vor dem Eisernen Vorhang in Wahrheit nur ein unzureichender Trost. Die „Neue Ruhrzeitung“ veröffentlichte vor einigen Tagen ein angebliches Gruenther-Interview, wonach dieser sogar gesagt haben soll, der Westen sei nicht stark genug, die Front in Europa zu halten und müsse sich zu-

nächst im Hinterland (Westfrankreich) verteidigen. Das deutsche Bundesgebiet werde in einem Ernstfall wohl aufgegeben werden müssen, es könne natürlich „hinterher wieder befreit“ werden. Gruenther hat inzwischen demontiert, das Interview in dieser Form gegeben zu haben. Die Behauptung, man werde sich erst in Westfrankreich verteidigen, sei unsinnig.

Immerhin wird auch durch spätere Erklärungen des Generals die Unterredung nur zum Teil richtig gestellt. Er selbst hat ja klar zum Ausdruck gebracht, daß die Hoffnung auf einen erfolgreichen Widerstand in der vorderen Linie, das heißt in Deutschland und in Holland, bei den heute und in den nächsten Jahren verfügbaren Streitkräften nur sehr gering ist. Wie die Holländer, so möchten auch die Deutschen bei dieser Gelegenheit betonen, daß sie voller Sorge der heutigen Situation gegenüberstehen. Wer da weiß, wie vernichtend heute kriegerische Angriffe sein müssen, der findet wenig Trost in den Worten, man könne auch nach einem Überrollen noch an eine „Befreiung“ denken. Was sollte in solch einem Fall eigentlich noch befreit werden?

### Der verschwundene Morgenthauplan

r. Der Washingtoner Ausschuss für die Rückgabe des deutschen und japanischen Eigentums will von dem früheren amerikanischen Oberkommissar in der Bundesrepublik MacCloy erfahren haben, daß das Original des seinerzeit von Churchill und Roosevelt unterschriebenen Memorandums der Konferenz von Quebec mit dem so umstrittenen Morgenthauplan verschwunden ist. Die Washingtoner Politiker erklärten, man müsse damit rechnen, daß der Morgenthauplan in seinem Original noch in den Tagen des Präsidenten Roosevelt und wahrscheinlich in dessen Auftrag von einem

Beamten des Weißen Hauses vernichtet wurde.

Der amerikanische Senator Langer hatte am 1. Februar die Vorlage des Morgenthauplanes gefordert, um festzustellen, wer für die Nachkriegspolitik der Beschlagnahme des deutschen Privateigentums in den Vereinigten Staaten verantwortlich sei.

Kein Friede ohne Einheit!

Schluß von Seite 1

den, wenn sie nach dem Besuch bei Königin Elisabeth hinter verschlossenen Türen mit den britischen Ministern zusammensitzen?

Handeln tut not!

Es stellt sich die Frage, wie wir den Gefahren, die hier auf uns zukommen, begegnen müssen. Wir sind uns einig darüber, wie grundsätzlich falsch die Ansicht des Herrn Mollet und Gleichgestimmter ist, man könne die Friedlosigkeit der Welt und Europas dadurch beenden, daß einige Großmächte Abrüstungsabkommen schließen und die eigentliche Krebsgeschwulst, die erst einmal die schwere Erkrankung heraufbeschwor, übersehen.

Weitere große Getreidelieferungen Kanadas an den Sowjetblock wurden jetzt vereinbart. Die Tschechoslowakei will mindestens eine Million Doppelzentner Kanadaweizen übernehmen.

Herausgeber, Verlag und Vertrieb Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Chefredakteur Martin Käkies. Verantwortlich für den politischen Teil: Eitel Kaper, Sendungen für die Schriftleitung: (24a) Hamburg 13, Parkallee 86.

Sendungen für die Geschäftsführung der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. sind zu richten nach (24a) Hamburg 13, Parkallee 86.

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen. Es erscheint wöchentlich bezugsfrei zur Information der Mitglieder des Fördererkreises der Landsmannschaft Ostpreußen.

Anmeldungen nehmen jede Postanstalt und die Landsmannschaft Ostpreußen, (24a) Hamburg 13, Parkallee 86, entgegen.

Druck: Rautenberg & Möckel, (23) Leer/Ostfriesland, Norderstraße 29/31, Ruf Leer 2479.

Auflage über 120 000

Zur Zeit ist Preisliste 6 gültig.



„Aus unterrichteten Kreisen“

Die Presse im psychologischen Krieg

Wir stehen in einer gefährlichen Phase der neuen Form des kalten Krieges, dem psychologischen Krieg.

Schonungslos ausgesprochen, ist die Situation doch die: Millionen von Wählern der freien Welt, weit ab vom Schuß, aber selbst auch in der Nähe des Eisernen Vorhangs, sehen keine zwingende Notwendigkeit für die Wiedervereinigung Deutschlands.

Diese Art Entspannung wünscht Moskau, eine Entspannung, die ihm seinen Raub beläßt und den Ausgangspunkt für neue Raubzüge schafft.

Goldgräber

Wer glaubte, diese Komödie würde in der freien Welt überall hohnlächelnd durchschaut, hat sich leider geirrt. Moskau hat sogar im Westen Verbündete gefunden, die gewillt oder fahrlässig sein Spiel mitspielen.

Ein weiteres Beispiel, wie man sich fahrlässig an Moskaus Spiel beteiligen kann, bot jüngst eine große westdeutsche Zeitung mit der Hauptschlagzeile „Räumen die Sowjets die mitteleuropäische Zone?“

Was nach vorn gehört

Welche Meldungen aber sind es, die in dieser kritischen Phase ganz nach vorn gehören, optisch und ins Bewußtsein der politisch gleichgültigen Wählersmassen?

Die bündige Erklärung der „Prawda“ zum Beispiel, daß die Kritik an Stalin keineswegs bedeute, daß nun etwa auch an der Partei und ihrem Zentralkomitee Kritik geübt werden dürfe.

Auswanderung ins Weltall...

Daß noch nicht alles auf Erden zum besten bestellt ist, dürfte wohl ziemlich unbestritten sein. Trotz aller Fortschritte in Wissenschaft und Technik ist es der Menschheit bisher noch nicht gelungen, auch nur einigermaßen Ordnung auf unserem Globus zu schaffen.

„Es gibt bei weitem zu viele von uns“, sagte dieser Tage der Raketen-Experte Dr. Fritz Zwicky vom Technologischen Institut in Kalifornien, „und in der Zukunft wird es damit noch viel schlimmer werden.“

mit westdeutschen angeblichen Sozialdemokraten.

Im Rahmen dieses Gesprächs bestätigte Grotewohl das Fortbestehen des politischen Terrors in der Zone. Spione, Diversanten und Saboteure, so stellte er fest, würden weiterhin zum Tode verurteilt werden.

Es sind mindestens zwanzigtausend, denn die westlichen Stellen zählen nur die, die von Angehörigen und Freunden namentlich und glaubhaft gemeldet werden.

Bei der Zusammenkunft, von der das „Neue Deutschland“ berichtete, wurde auch nach ihrem Schicksal gefragt.

Das ist eine lächerliche, unglaublich freche Ausrede. Dazu ist zu bemerken, daß die bolschewistischen Machthaber nach ihrem Sprachgebrauch in der Tat keine politisch Inhaftierten kennen.

Und was weiter nach vorn gehört? Das wären die privaten und politischen Lebensläufe der Chruschtschew und Serow, der Ulbricht, Grotewohl, Wollweber, die lückenlos geführte Chronik der Urteile sowohl des Obersten Zonengerichts als auch des kleinsten SED-Amtsgerichts.

Oft ist es nur ein winziger Schritt von sachlicher Information zur fahrlässigen Unterstützung Moskaus im psychologischen Krieg...

Die Antwort

In der geheimen Sitzung des 20. Parteikongresses, in der Mikojan die bekannten Erklärungen über Stalin machte, wurde diesem, wie der britische „Economist“ berichtet, ein Zettel auf das Rednerpult heraufgereicht.

Das Instrument zur Ausrottung des Menschen zu sein, richtig angewandt, kann sie auch seine Rettung bedeuten. Man braucht nämlich „nur“, immer nach Dr. Zwicky, mit ihrer Hilfe größere Teile aus den größeren Planeten, wie etwa dem Jupiter, Saturn oder Neptun, gewissermaßen herauszuschleusen und diese Teile dann auf kleinere Planeten zu transportieren.

Dieses Verfahren ist sicherlich einleuchtend. Nachdem wir auf unserer Erde ohnehin keine Ordnung schaffen können, sollten wir in der Tat einmal versuchen, wenigstens etwas Ordnung in das chaotische Weltall zu bringen.

Von Woche zu Woche

Eine zweite Liste von tausend deutschen Zivilverschiepten wird Botschafter Haas Ende April der Sowjetregierung überreichen.

Der Vorsitzende des Verbandes der Landsmannschaften, Baron Manteuffel-Szoegge, hatte in diesen Tagen eine informatorische Aussprache mit dem deutschen Botschafter in Moskau, Haas, der gegenwärtig in Bonn weilte.

Von den in Strafanstalten der Bundesrepublik inhaftierten ausländischen Flüchtlingen haben nur insgesamt 51 ihre Repatriierung in die Sowjetunion beantragt.

Zur Frage der Stationierungskosten der alliierten Truppen überreichte die Bundesregierung den Botschaftern der drei Westmächte eine neue Note.

Kiel soll wieder führender Marinestützpunkt der Ostsee werden. Der Kieler Oberbürgermeister gab bekannt, daß man damit rechnet, daß etwa zehntausend Marineangehörige in Kiel stationiert werden.

Eine Reihe hoher Offiziere des Bundesverteidigungsministeriums nahm in der letzten Woche erstmals an den amerikanischen Flottenmanövern im Mittelmeer teil.

Die Übernahme von Grenzschutzverbänden in die neue Bundeswehr soll in den nächsten acht Wochen beginnen.

Ein Landesverband Saar des Gesamtdeutschen Blocks soll demnächst gebildet werden.

Ein außerordentlich starker Rückgang der Arbeitslosigkeit war im März in der Bundesrepublik zu verzeichnen.

Die Kassenguthaben der Bundesrepublik belaufen sich nach einer Erklärung des Finanzministers Schäffer zur Zeit auf rund 6,4 Milliarden DM.

Die Zahl der Sowjetzonen-Flüchtlinge steigt ständig. In Westberlin meldeten sich im März etwa 15 000 Bewohner der Zone und Ostberlins.

Der sowjetische Marinechef Admiral Kusnezow ist überraschend von seinem Posten abgelöst worden. Zum neuen Oberbefehlshaber wurde Admiral Gorschkow ernannt.

Die sozialistische Internationale hat auf ihrer Londoner Tagung das Moskauer Ersuchen um eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten scharf abgelehnt.

Ein historisches Ereignis in Madrid war die Unterzeichnung des Abkommens, wonach Spanien Marokko die volle Selbständigkeit einschließlich der Verteidigung und Außenpolitik gewährt hat.

In Algerien wurden wieder blutige Kämpfe ausgefochten. Allein am letzten Wochenende wurden rund 250 Menschen getötet.

UN-Generalsekretär Hammarskjöld begann in der libanesischen Hauptstadt Beirut seinen Vermittlungsversuch im Nahen Osten.

Der Chef der Waffenstillstandskommission der Vereinten Nationen, Generalmajor Burns, richtete an den ägyptischen Ministerpräsidenten Nasser eine eindringliche Warnung vor der Fortsetzung der Aktionen ägyptischer „Selbstmordkommandos“.

# Über 800 000 Deutsche leben jenseits von Oder und Neiße

Zahlen, die falsche Darstellungen widerlegen

Das „Bulletin“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung veröffentlicht die folgende Darstellung:

Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen teilt mit:

In verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften sind in der letzten Zeit Artikel von Immanuel Birnbaum erschienen, und es sind Vorträge gehalten worden über die Familienzusammenführung von Deutschen, die noch in den Reichsgebieten, die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehen, leben. In einem solchen Artikel heißt es beispielsweise:

„Verhandlungen des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes in Warschau haben dazu geführt, daß nach einer langen Pause die Übersiedlung von Deutschen aus Polen nach der Deutschen Bundesrepublik wieder in Gang kommt. Bis etwa 1950 war den deutschen Einwohnern von Schlesien und Ostpommern, von Danzig und dem südlichen Ostpreußen in großer Zahl die Übersiedlung nach den Gebieten westlich der Oder ermöglicht worden, wobei sie sich in der Regel selbst auf Grund von Familienbeziehungen die Besatzungszone aufsuchen durften, nach der sie gehen wollten. . . . Anfang 1950 mußte der Schweizer Rot-Kreuz-Delegierte Polen verlassen, und die ganze Rückführaktion blieb stecken. Wenn sie jetzt wieder in Gang kommt, ist das wohl mit einer Erwartung auf Besserung der Beziehungen auch zwischen Bonn und Warschau zu erklären.“

Es ist umstritten, wie viele Deutsche, die sich selbst als solche ansehen, noch in Polen leben. Die niedrigsten Schätzungen sprechen von rund 45 000, während die höchsten bis zu 150 000 nennen. Fast eine Million ehemalige deutsche Reichsangehörige in Polen und im polnisch verwalteten Gebiet haben es vorgezogen, sich selbst zu Nationalpolen zu erklären, um in der Heimat bleiben zu können. Es handelt sich dabei meist um zweisprachige Oberschlesier, Masuren, Hinterpommern mit mehr oder weniger slowenischen Namen und ähnliche Grenzlandbewohner, deren Familien im Laufe der letzten hundert Jahre verschiedene nationale Zurechnung erfahren hatten. Die älteren unter ihnen können in der Regel auch heute noch schlecht Polnisch, was aber nicht in jedem Falle ein Beweis von deutscher Gesinnung sein muß, die jüngere Generation ist bereits durch polnische Schulen gegangen. Diese von Warschau als „slawische Autochthonen“ bezeichneten Bevölkerungssplitter werden vom deutschen Volkstum abgehüpft werden müssen, auch wenn sich unter ihnen gelegentlich Unzufriedenheit mit dem Regime des jetzigen Wohnstaates regt . . . .

### Höchstbedenkliche Formulierungen

Formulierungen und Angaben dieses Beitrags können nicht unwidersprochen bleiben. Bedenken sind schon gegen die Überschrift zu erheben. In dem Aufsatz wird die Frage der Familienzusammenführung der in den unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten und zu einem kleinen Teil auch in Polen lebenden Deutschen behandelt. In der Überschrift wird ganz allgemein von „Polen“ und statt von „Familienzusammenführung“ von „Rückführung“ gesprochen, indem so die sowjetpolnische Ausdrucksweise angewendet wird. Tatsächlich wird aber fast niemand von den Deutschen, die jetzt den polnischen Machtbereich verlassen dürfen, „rückgeführt“, sondern sie verlassen ihre Jahrhunderte alte Heimat, um mit den schon seit der Vertreibung im Westen lebenden Familienangehörigen zusammen sein zu können. Daß alle diese Deutschen die Zusammenführung seit langem ersehnen, ist sicher, aber das liegt an den unerträglich gewordenen Verhältnissen in ihrer Heimat und hat mit „Rückführung“ nach Westdeutschland, in dem der größte Teil dieser Menschen noch nie gewesen ist, nichts zu tun.

Auch die Darstellung der bisherigen Ausiedlungsaktionen ist nicht ganz zutreffend. Die „Aktion Link“, mit der 44 000 Menschen in die Bundesrepublik und etwa ebensoviel in die sowjetische Besatzungszone kamen, lief nicht bis 1950, sondern bis zum April 1951. Vom Februar 1952 bis Ende Dezember 1954 kamen im Verlauf einer weiteren Aktion 13 000 bis 14 000 Menschen in die sowjetische Besatzungszone, und vom 16. Dezember 1954 bis Ende Dezember 1955 gelangten acht kleinere Transporte in die Bundesrepublik, die insgesamt 732 Personen umfaßten. Auch nach der Abreise des Vertreters des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Ehrenhold, sind also weitere, wenn auch kleinere Zusammenführungsaktionen möglich gewesen.

### Deutsche Ostgebiete oder Polen?

Bedenklich ist der Satz über die Zahl der Deutschen in Polen, „die sich selbst noch als solche ansehen“: „Die niedrigsten Schätzungen sprechen von rund 45 000, während die höchsten bis zu 150 000 nennen.“ Wahrscheinlich sind hier nicht die in Polen lebenden Deutschen gemeint, denn für diese lauten die höchsten Schätzungen auf etwa 40 000, sondern gemeint sind die Deutschen in den deutschen Ostgebieten und in Polen. Für diese treffen aber die hier genannten Zahlen beide nicht zu. Wenn man auch, wie in dem Aufsatz weiter ausgeführt wird, geteilter Meinung darüber sein kann, wie viele von den objektiv als Deutsche anzusehenden Menschen sich selbst als Deutsche betrachten und sich auch in Zukunft betrachten wollen, so kann doch kein Zweifel

darüber bestehen, daß zumindest alle diejenigen unter die „bewußten Deutschen“ fallen, die sich für die Familienzusammenführung gemeldet haben. Das aber waren nach Mitteilung des Deutschen Roten Kreuzes beim Abstoppen der Zusammenführung im Frühjahr 1951 noch 175 000. Die letzten Zahlen des Deutschen Roten Kreuzes sprechen öfter von 140 000 bis 170 000, wobei die Differenz wahrscheinlich durch einige inzwischen in die Sowjetzone gegangene Transporte und auch durch den Tod mancher Zusammenführungswilliger in den letzten Jahren erklärt wird. Dies ist die sichere Mindestzahl.

Es kann auch nicht so argumentiert werden, daß unter den Zusammenführungswilligen auch zahlreiche Personen sind, die gar nicht der deutschen Sprache mächtig sind; die Zahl der Zusammenführungswilligen sei also größer als die der Deutschen. Dieses Argument paßt nun gar nicht zu dem Satz des Verfassers, daß schlechte Kenntnisse des Polnischen noch nicht ein Beweis von deutscher Gesinnung sein müssen. In dem einen Fall genügt dann also das Bekenntnis ohne Rücksicht auf die Sprache, im anderen aber müssen zum Bekenntnis auch die objektiven Merkmale der Sprache usw. kommen.

### Wer konnte sich melden?

Davon abgesehen aber ist ja bekannt, daß nur ein Teil der in den deutschen Ostgebieten lebenden Deutschen die Möglichkeit erhielt, sich für die Zusammenführung zu melden, nämlich im allgemeinen nur diejenigen, die tatsächlich nähere Angehörige in der Bundesrepublik oder in der sowjetischen Besatzungszone haben. Bei großen Gruppen, vor allem in Oberschlesien und Masuren, trifft das aber nicht zu, und auch solche, die Angehörige im Westen hatten, haben sich in vielen Fällen nicht gemeldet oder nicht melden können, weil keine Verbindung zwischen ihnen und diesen Angehörigen bestand. Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes ist sehr bemüht, weitere Angehörige in Westdeutschland zu finden, und auf Grund seiner Ergebnisse werden noch ständig weitere Ausreisewillige bekannt. Die Zahl der Deutschen jenseits von Oder und Neiße ist also nicht kleiner, sondern größer als die der Zusammenführungswilligen. Diese Gesamtzahl kann freilich nicht genau ermittelt, sondern nur geschätzt werden, wobei die Unterschiede zwischen den Schätzungen erheblich sind, doch liegen sie in jedem Fall weit über den vom Verfasser angegebenen Zahlen. Die Mindestschätzungen belaufen sich auf 200 000 bis 250 000 (der Warschauer AP-Korrespondent Tom Reedy in einer Meldung vom 1. Oktober 1955): Die Höchstschätzungen aber gingen zeitweilig bis auf eine Million hinauf. In der Zeitschrift für Ostforschung, Jahrgang 2, 1953, Seite 371—388 („Die Deutschen im Osten nach 1945“) hat G. Rhode versucht, auf Grund der polnischen Statistiken möglichst genaue Schätzungen anzustellen und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

In Südostpreußen	130 000 (davon 80 000 Masuren)
In Pommern	40 000
In Ostbrandenburg	2 000
In Niederschlesien	60 000
In Oberschlesien	550 000
In Danzig und Polen	42 000

ohne die Oberschlesier und Masuren aber 194 000.

### Verfälschte „Abbuchungen“

In letzter Zeit hat der Leiter des Kirchendienstes Ost in Berlin, Professor Kruska, die Gesamtzahl auf 800 000 geschätzt, von denen 500 000 deutsche Katholiken auf Oberschlesien entfallen. Veith kommt in mehreren Presseaufsätzen im November 1955 bei seinen Schätzungen auf fast die gleiche Zahl wie Rhode, nämlich 823 000.

Die große Frage ist dabei stets die Haltung der Oberschlesier. Hier schätzen aber die jetzt in Westdeutschland lebenden schlesischen Priester die Zahl der katholischen Deutschen in Oberschlesien sogar auf 700 000 (DPA-Meldung vom 30. Juli 1955). Immanuel Birnbaum scheint demgegenüber der Meinung zu sein, daß von den Oberschlesiern überhaupt niemand mehr dem Deutschtum zugerechnet werden kann. Dagegen spricht aber mit Sicherheit die Zahl von 60 000 beim Deutschen Roten Kreuz aus Oberschlesien gemeldeten Zusammenführungswilligen, die jedenfalls als Mindestzahl zu betrachten ist.

Wie wenig die in dem zitierten Artikel genannten Mindest- und Höchstzahlen mit den Schätzungen der letzten Jahre übereinstimmen, zeigt übrigens auch die Tatsache, daß die in Breslau erscheinende kommunistische „Arbeiterstimme“ im Juni 1955 die Zahl der in und um Breslau lebenden Deutschen mit 80 000 angab. Damit liegt also eine sowjetpolnische Angabe für ein Teilgebiet weit über der im Aufsatz angegebenen Mindestzahl. Bedenken muß man schließlich gegen die Formulierung erheben, daß „fast eine Million ehemalige deutsche Reichsangehörige es vorgezogen haben, sich selbst zu Nationalpolen zu erklären, um in der Heimat bleiben zu können“.

Der sehr vielschichtige Vorgang, der bei den verschiedenen Gruppen ganz verschiedenartig verlief, teilweise unter starkem Druck und unter Drohungen, ist hier ganz vereinfacht und verallgemeinert worden, so daß die wirklichen Vorgänge nicht mehr erkannt werden können. Tatsächlich handelt es sich doch bei den soge-



## Ein herzlicher, hilfreicher Empfang

Für den Spätheimkehrer Paul Pasternack aus dem Kreise Lötzen

Zehn, elf Jahre Kriegsgefangenschaft nach der Vertreibung, Krankheit und Not, zehn, elf Jahre Ungewißheit über das Schicksal der Familie, — das ist ein Los, schwer genug zu tragen. Niemand kann es ungeschehen machen, aber Hilfsbereitschaft und Herzlichkeit können es einem Spätheimkehrer doch leichter machen, über das schwere Erleben hinwegzukommen.

Auf wie vorbildliche Art das geschehen kann, das zeigte der Empfang, den die Stadt Gladbeck in Westfalen einem ostpreußischen Spätheimkehrer in diesen Tagen bereitete, unserem aus dem Kreise Lötzen stammenden 54 Jahre alten Landsmann Paul Pasternack. Unser Bild zeigt ihn hier in der Mitte bei dem offiziellen Empfang, zu dem die Stadt ihn und seine Frau (ganz links auf dem Bild) geladen hatte. Oberbürgermeister Lange (rechts von Paul Pasternack) hieß ihn herzlich willkommen. Verwaltungsdirektor Griesse (ganz rechts auf dem Foto), übergab ihm 1100 DM in bar als städtische Beihilfe und einen Scheck über 5880 DM, die Entschädigung nach dem Kriegsgefangenen-gesetz, dazu einen Gutschein für einen sieben-tägigen Erholungsurlaub in Kärnten, ein Geschenk der Kärntener, die vor kurzem in Gladbeck weilten. Diese Kärnten-Reise des Ehe-paares Pasternack wird wahrscheinlich auf fünf Wochen ausgedehnt werden können, da man den Vierwochen-Erholungsurlaub für Heimkehrer gleich mit „anhängen“ will.

Die Familie hat schwere Jahre durchlebt. Seit 1939 eingezogen, konnte Paul Pasternack auf dem Rückzug im März 1945 noch einmal zu

Hause sein. Er machte mit seiner Familie den Treck nach Westen mit, wurde aber von den Russen überrollt und gefangengenommen. Zwei Jahre lang kamen seine Briefe in der Heimat nicht an. Über Verwandte erfuhr er, daß seine Familie im März 1946 aus Ostpreußen ausgewiesen worden war. Später schrieb er regelmäßig aus dem Gefangenenlager, seine Post erreichte seine Frau jedoch nicht. Erst 1951 bekam sie die erste Nachricht von ihm, und bis zur Heimkehr kam zweieinhalb Jahre hindurch wieder keine Post.

Seine beiden Kinder, ein Zwillingsspärlchen, waren erst dreizehn Jahre, als der Vater für so lange Jahre von ihnen Abschied nehmen mußte. Sein jetzt vierundzwanzigjähriger Sohn ist infolge des Russeneinmarsches in Ostpreußen dauernd arbeitsunfähig geworden; die Zwillingsschwester ist glücklich verheiratet und hat ein zehn Monate altes Kind.

Paul Pasternack war sehr gerührt, daß die Stadt ihn so herzlich empfing; er fand keine Worte und drückte dem Oberbürgermeister als Zeichen innigen Dankes die Hand.

Das starke Anwachsen des Flüchtlingsstromes aus der Sowjetzone zeigt sich darin, daß in den drei ersten Monaten dieses Jahres nicht weniger als 70 338 Flüchtlinge das Notaufnahmeverfahren beantragten. Über 1200 Personen haben zum zweitenmal die Zone verlassen. 69 Prozent der Flüchtlinge waren Arbeiter.

## Ferienreise — kein Problem

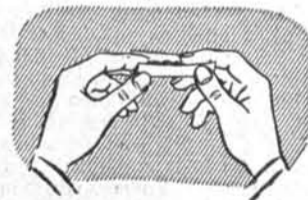
Zur Urlaubsreise startet hier mit Frau und Kind und Dackeltier und außerdem noch viel Gepäck der Herr Eusebius Hummelheck.



Mit all' den Koffern sieht ihn so Kollege Schmidt aus dem Büro, der just mit Eifer unverweilt an seine Arbeitsstätte eilt.



„Nanu“, staunt er, „Du willst verreisen? Wie kannst Du das bei diesen Preisen?“ — „Weil ich“, lacht Hummelheck, „ja stets mit Klugheit rauche — deshalb geht's!“



Die Cigaretten dreh' ich alle mir einfach selbst in jedem Falle. Da rauch' ich dann so gut wie Du und hab' die Reise noch dazu!“



Für Tabakkenner gilt seit je: Wer selber dreht, schwört auf MB

\* oder stopft



EIN BRINKMANN-FEINSCHNITT AUS BREMEN

1,35













# Weite Fluren und großflächige Städte

In Ostpreußen kannte man keine Enge

Zahlenreihen regen im allgemeinen nicht gerade zum Lesen an, denn eine Zahl ist ein nüchternes, stummes Zeichen. In Verbindung mit Begriffen, die uns sehr nahe stehen, kann die Zahl jedoch sprechen; sie wird zu einer zuverlässigen Stütze des Wissens, zu einer Brücke für das Verständnis, ja zu einer Aussage. Einen besonderen Wert haben für uns Ostpreußen die Ergebnisse der Volkszählung vom 17. Mai 1939, als der letzten Schätzung — dieses vertraute Wort aus dem Lukas-Evangelium ist hier durchaus berechtigt — der Bevölkerung von Ostpreußen. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß zu jenem Zeitpunkt das Memelland nicht einbezogen war, und daß der westpreußische Regierungsbezirk Marienwerder zum Gebiet der Provinz Ostpreußen gehörte. Die nachstehenden Ausführungen beruhen auf Angaben der Statistischen Jahrbücher Deutscher Gemeinden 1940 und 1941, sowie des Jahrbuches des Statistischen Bundesamtes. Wir tun gut daran, einige dieser Zahlen uns und unseren Kindern ins Gedächtnis zu prägen!

Ostpreußen war 1939 einschließlich des Regierungsbezirkes Marienwerder in vier Regierungsbezirke, fünf Stadt- und 36 Landkreise gegliedert mit einer Gesamtfläche von 36 992 Quadratkilometer. Dies ergab bei einer Wohnbevölkerung von 2 488 100 Personen eine Bevölkerungsdichte von 67,3 Einwohnern auf einen Quadratkilometer. Diese Angaben gelten ohne das Memelland, in dem die Volkszählung so kurze Zeit nach der am 22. März 1939 erfolgten Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich nicht durchgeführt werden konnte. Durch die Nachkriegsereignisse, hauptsächlich durch den Zustrom der Vertriebenen, erhöhte sich die Bevölkerungsdichte im Westen unseres Vaterlandes nach 1945 erheblich. Gegenüber 160

Einwohnern je Quadratkilometer nach dem Stande der Volkszählung 1939 betrug die durchschnittliche Bevölkerungsdichte für das Gebiet der heutigen Bundesrepublik nach der im Jahre 1950 durchgeführten Volkszählung 194 Einwohner je Quadratkilometer. Für Schleswig-Holstein stieg sie auf 166 und für Nordrhein-Westfalen auf 389 Einwohner je Quadratkilometer. Dies bedeutet für unsere durch die Vertreibung nach Nordrhein-Westfalen verschlagenen Landsleute, daß sie um ungefähr das Sechsfache enger zusammenrücken mußten, als sie es daheim gewohnt waren.

Wir erkennen an diesem Vergleich die Weiträumigkeit, die unsere Heimat als besonderen Vorzug ihren Kindern bot, so daß sie nicht ständig befürchten mußten, bei dem Nachbarn anzuecken. Und in dieser Weiträumigkeit war die Ruhe, die behagliche Breite und die Friedfertigkeit des ostpreußischen Wesens begründet. Dieser Vergleich bestärkt ferner die Einsicht, daß es auch vom Standpunkt einer gesunden Bevölkerungspolitik unerläßlich ist, auf der Forderung nach Rückgabe der uns geraubten Gebiete zu beharren.

Hinweise gibt die Feststellung, daß Ostpreußen am 17. Mai 1939 eine „ständige Bevölkerung“ von 2 413 400 Einwohnern zählte. In dieser Zahl sind zum Beispiel zum Unterschied von der vorher erwähnten „Wohnbevölkerung“ von 2 488 100 nicht die Soldaten enthalten, die in Ostpreußen in Garnison standen. So ergibt die Differenz von 74 700 die Zahl der im Mai 1939 in Ostpreußen ihrer Dienstpflicht nachkommenen Soldaten und der Angehörigen des Arbeitsdienstes. Sie betrug etwa 3 v. H. der Wohnbevölkerung.

Die Zahlen der ostpreußischen Landkreise veranschaulicht übersichtlich die nachstehende Tabelle:

Landkreis	Fläche ha	Wohn- bevölkerung	Bevölkerungs- dichte: auf 1qkm kommen Einwohner	Ständige Bevölkerung am 17. Mai 1939	
				insgesamt	davon in Land- und Forstwirtschaft beschäftigt v. H.
<b>Reg.-Bez. Königsberg</b>					
Bartenstein	88 055	50 448	57,3	48 696	42,7
Braunsberg	94 634	62 317	65,9	60 051	37,1
Gerdauen	84 441	35 013	41,5	34 664	56,1
Heiligenbeil	90 786	53 207	58,6	51 105	45,1
Heilsberg	109 564	56 214	51,3	55 057	51,9
Labiau	106 565	51 885	48,7	50 585	54,7
Mohrunen	126 536	56 255	44,5	55 046	52,3
Pr.-Eylau	122 849	56 385	45,9	53 209	51,8
Pr.-Holland	85 828	37 492	43,7	37 447	54,6
Rastenburg	87 108	57 223	65,7	53 860	40,8
Samland	192 292	120 246	62,5	114 794	41,5
Wehlau	106 727	50 236	47,1	49 127	40,5
<b>Reg.-Bez. Gumbinnen</b>					
Angerapp	75 949	31 549	41,5	31 177	60,1
Angerburg	92 928	42 744	46,0	41 527	48,0
Ebenrode	70 390	41 265	58,6	40 823	52,0
Eichniederung	100 312	55 376	55,2	53 889	56,6
Goldap	99 334	45 825	46,1	44 275	47,9
Gumbinnen	73 061	55 272	75,7	52 824	37,5
Insterburg	116 083	43 224	37,2	43 028	62,6
Schloßberg	105 940	42 656	40,3	42 428	59,5
Tilsit-Ragnit	110 045	56 117	51,0	56 084	53,6
Treuburg	85 581	37 998	44,4	37 998	57,8
<b>Reg.-Bez. Allenstein</b>					
Altenstein	130 267	57 150	43,9	57 077	55,6
Johannisburg	168 402	53 089	31,5	52 672	50,3
Lötzen	89 738	50 012	55,7	47 681	42,9
Lyck	111 508	56 417	50,6	56 129	48,3
Neidenburg	114 611	39 730	34,7	39 486	55,1
Ortelsburg	170 284	73 442	43,1	72 146	48,3
Osterode	153 625	81 513	53,1	75 879	45,8
Röbel	85 084	51 832	61,0	51 086	43,3
Sensburg	123 153	54 443	44,2	52 746	49,3
<b>Reg.-Bez. Westpreußen</b>					
Elbing	48 299	28 149	58,3	26 992	44,4
Marienburg	22 566	39 073	173,1	37 711	20,5
Marienwerder	55 570	44 813	85,2	44 014	38,9
Rosenberg	103 831	63 368	61,0	61 439	41,2
Stuhm	62 260	40 453	65,0	40 222	45,6

Mit 31,5 Einwohnern auf einen Quadratkilometer hatte der Landkreis Johannisburg die weitest geringste Bevölkerungsdichte; ein großer Teil der Kreisfläche wird ja von dem nicht besiedelten, ausgedehnten Waldgebiet der Johannisburger Heide eingenommen.

Es darf ferner nicht übersehen werden, daß bei vielen der in den Regierungsbezirken Allenstein und Königsberg gelegenen Kreise (darunter auch Johannisburg) die Flächen der Masurischen und Oberländischen Seen in den Flächenangaben der Kreise mitenthalten sind und zu den niedrigen Bevölkerungsdichten beitragen.

Die stärkste Bevölkerungsdichte bei kleinster Fläche — beides allerdings die Folgen der unglücklichen Grenzziehung durch das Versailler Diktat — hatte der Landkreis Marienburg. Der größte Landkreis Ostpreußens war der aus dem einstigen Landkreis Königsberg und dem frühe-

ren Kreis Fischhausen neugebildete Kreis Samland.

Die fünf kreisfreien Städte (ohne Memel mit 43 285 Einwohnern) waren:

	Wohn- bevölkerung	Fläche in Hektar
Königsberg	372 164	19 276
Elbing	85 952	3 067
Tilsit	58 468	5 902
Altenstein	50 396	5 313
Insterburg	48 711	4 411

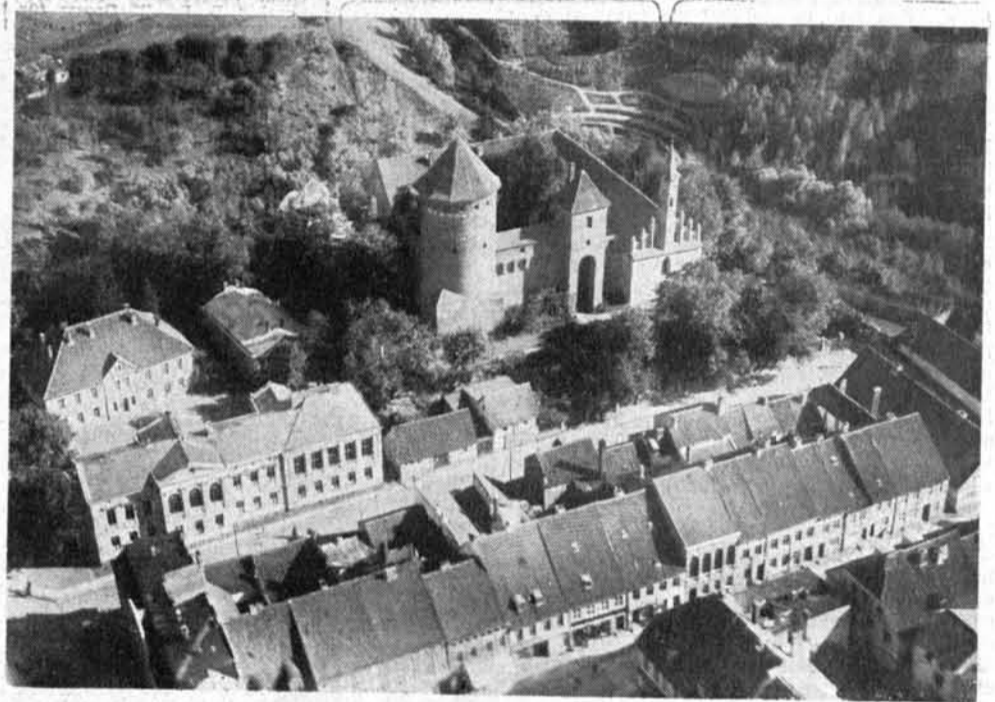
Damit hatte Königsberg bei einer um rund 100 000 niedrigeren Einwohnerzahl die anderthalbfache Fläche von Hannover aufzuweisen; es war noch um 800 Hektar größer als der Stadtstaat Bremen. Tilsit war flächenmäßig grö-



Einer der tausend Seen . . .



. . . eine fleißige Stadt



. . . das Gymnasium neben der Burg

Aufnahmen, die im Bild viel von dem zeigen, was in dem nebenstehenden Beitrag gesagt wird. Oben der Goldaper See, in der Mitte die Stadt Sensburg und unten Röbel mit seiner Burg und (links) seinem Gymnasium

ßer als die 162 000 Einwohner zählende Stadt Aachen oder Halle mit 220 000 Einwohnern. Die Fläche der Stadt Insterburg entsprach der von Hindenburg mit 126 000 Einwohnern.

Dieser Zahlenspiegel wäre unvollständig, wären in ihm nicht auch die Größenverhältnisse und Einwohnerzahlen der kreisangehörigen Städte aufgezeigt, also der Städte, die bereits in den Zahlen der Landkreise gebracht worden sind, bis zur Größenklasse von 10 000 Einwohnern. Mit zusammen 276 537 Einwohnern vereinigten sie 11,1 v. H. der ostpreußischen Wohnbevölkerung in ihren Mauern.

Stadt	Wohn- bevölkerung am 17. Mai 1939	Fläche in Hektar
Marienburg	27 318	2 811
Gumbinnen	24 534	1 281
Braunsberg	21 142	5 089
Marienwerder	20 484	1 997
Rastenburg	19 634	3 098
Osterode	19 519	2 141
Lyck	16 482	3 371
Lötzen	16 288	4 290

Ortelsburg	14 234	3 878
Dt.-Eylau	13 922	2 288
Bartenstein	12 912	1 804
Goldap	12 706	2 961
Pillau	12 379	1 752
Heiligenbeil	12 100	2 128
Angerburg	10 922	3 122
Heilsberg	11 787	3 946
Ragnit	10 094	2 292

Diese Zahlenangaben berücksichtigen — wie eingangs erwähnt — nicht die durch „Verordnung über die Gliederung des Memellandes in Stadt- und Landkreise“ vom 24. August 1939 bedingten Veränderungen (Memelland rund 153 000 Einwohner, ein Stadt- und zwei Landkreise, davon Stadtkreis Memel nach dem Stande vom 1. 1. 1940 43 285 Einwohner und 2 959 Hektar Fläche).

Siebzehn Jahre trennen uns von der Zeit, in der die letzte Volkszählung in Ostpreußen vor sich ging. Eine kurze Spanne im Leben der Völker! Uns Zeitgenossen jedoch erscheint sie, gemessen an den umwälzenden Ereignissen, die wir erlebten, wie eine Ewigkeit. Möge der Tag nicht mehr fern sein, an dem eine neue Volkszählung in unserer Heimat wieder ausgeschrieben werden kann!  
Richard Lindenau













